



Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Attersee am Attersee

Sitzungstermin: Montag, den 06.11.2023

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 22:16 Uhr

Tagungsort: Lesesaal

Anwesend sind:

- | | | |
|---|-------|--|
| 1. BGM Mag. Rudolf Hemetsberger, Palmsdorf 42 | GRÜNE | |
| 2. Vbgm Philip Weissenbrunner, Palmsdorf 45 | ÖVP | |
| 3. GV Mag. (FH) Herwig Kaltenböck, Palmsdorf 17 | ÖVP | |
| 4. GV Caroline Mühlberger, Hauptstraße 20 | GRÜNE | |
| 5. GV DI (FH) Walter Kastinger, Mühlbach 42 | SPÖ | |
| 6. GR Daniela Ablinger, Abtsdorf 19 | ÖVP | |
| 7. GR MMag. Volker Biladt, Mühlbach 13 | ÖVP | |
| 8. GR Florian Eicher, Palmsdorf 7 | PRO | |
| 9. GR Gerhard Emhofer, Sportstraße 20 | GRÜNE | |
| 10. GR Lukas Hemetsberger, Aufham 44 | SPÖ | |
| 11. GR Renate Kroiss, Abtsdorf 133 | GRÜNE | |
| 12. GR DI (FH) Roland Mörzinger, Neuhofen 65 | GRÜNE | |
| 13. GR Philipp Seiringer, Abtsdorf 75 | ÖVP | |
| 14. GR Verena Steinkogler, BSc, Neuhofen 41 | SPÖ | |
| 15. GR Helga Sturm, Pausingerweg 16 | PRO | |
| 16. GR Mag. Wolfgang Wurm, Palmsdorf 74 | GRÜNE | |
| 17. EGR Ing. Gerhard Gschwandtner, Nußdorferstraße 36 | ÖVP | Vertretung für Herrn Christoph Seiringer |
| 18. EGR Michael Holly-Schiemer, Altenberg 23 | ÖVP | Vertretung für Frau Helga Gassner |
| 19. EGR Stefan Mühlberger, Hauptstraße 20 | GRÜNE | Vertretung für Frau Mag. (FH) Doris Wurm |

Es fehlen:

- | | | |
|---|-------|--|
| 20. GR Helga Gassner, Aufham 6 | ÖVP | |
| 21. GR Christoph Seiringer, Abtsdorf 149 | ÖVP | |
| 22. GR Mag. (FH) Doris Wurm, Palmsdorf 74 | GRÜNE | |

Der Schriftführer (§ 54 Abs. 2 OÖ. GemO 1990): Mag Gerd Ratschmann

Der Vorsitzende eröffnet um **19:00 Uhr** die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung **vom Bürgermeister** einberufen wurde;
- b) der Termin der heutigen Sitzung im Sitzungsplan (§ 45 Abs.1 Oö. GemO) enthalten ist.
- c) die Verständigung aller Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
- d) die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel öffentlich kundgemacht wurde;
- e) die **Beschlussfähigkeit** gegeben ist;
- f) dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom **18.09.2023** bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Gäste und ersucht um deren Fragen im Rahmen der Frageviertelstunde.

Herr Staudinger, GF der Firma STS Fertigteile aus Oberwang, berichtet kurz zu deren Ankauf eines Grundstückes im Betriebsbaugebiet Attersee an der A1 Abfahrt in St. Georgen. Er erläutert noch einmal das Geschäftsmodell der, gemeinsam mit seinem Sohn gegründeten, Tochterfirma UniQum, welche nach wie vor dort angesiedelt werden solle. Das Hauptproblem der vergangenen Jahre sei die Pandemie und der damit einhergehende Stillstand in der Weiterentwicklung der ganzen Branche gewesen. Es handle sich beim 3D Druck eben um ein Zukunftsfeld, welches eine gewisse Etablierungsphase erfordere.

Der geplante Standort in Attersee sei nach wie vor sehr wichtig für das Unternehmen. Nach der Kenntnisnahme der Absicht der Gemeinde das Grundstück zurückzunehmen bzw. einen Dritten für die Kaufoption namhaft zu machen, haben sich sein Sohn und er noch einmal Gedanken gemacht, wie eventuell auch beide Betriebe auf dem Grundstück unterkommen würden. Er habe hierzu allerdings noch keine Gespräche mit dem ihm genannten Dritten, Dachdecker Pleiner, geführt. Im Zusammenhang mit dem vielzitierten Flächenfraß sei der Vorschlag jedenfalls eine berechnete Überlegung. Auch für die Kommune würden mehr Dienstnehmer mehr Einnahmen bedeuten. Aus ihrer Sicht gebe es derzeit keine alternativen Standorte für eine potentielle Niederlassung und eine Realisierung des Projektes in Attersee würde sehr gerne weiterverfolgt werden. Er ersucht um Einbeziehung dieser Überlegungen in die folgenden Beratungen.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden beendet der Vorsitzende die Frageviertelstunde und geht zur Tagesordnung über.

Tagesordnung:

- 1 Bericht des Bürgermeisters
- 2 Bericht aus dem Prüfungsausschuss
- 3 Betriebsbaugebiet - FE Business Park vertragl. Vereinbarung
- 4 Betriebsbaugebiet - Vorkaufsrecht gegenüber FE Business Parks
- 5 Betriebsbaugebiet - Optionsrecht uniQum/STS Fertigteile
- 6 Perspektiven Evaluierungsergebnis
- 7 Subvention Kirchklang Brucknerjahr 2024
- 8 Nutzungsänderung Außenbereich KIGA Alt
- 9 Straßenprojekt Kirchenstraße
- 10 Budget Hilfswerk Krabbelstube
- 11 Allfälliges

Protokoll:

1. Bericht des Bürgermeisters

Wesentlicher Inhalt Beratungsverlauf:

- 1.) Der Kindergarten wurde mittlerweile plangemäß fertiggestellt und bereits am 30.11 mit ferienbedingt reduzierten Kinderzahlen in Betrieb genommen. So konnten parallel noch Übersiedlungstätigkeiten durchgeführt werden. Am kommenden Freitag, den 10.11 werde dann die offizielle Eröffnungsfeierlichkeit stattfinden, zu welcher alle noch einmal herzlich eingeladen seien.
Die Sanierungs- und Umbauarbeiten der bisherigen Räumlichkeiten haben bereits begonnen, um dann im Sinne der Eltern, ehest möglich im neuen Jahr die Krabbelstube dort in Betrieb nehmen zu können.
- 2.) Der Vorsitzende bedankt sich für die Teilnahme an der BürgerInnen-Informationsveranstaltung und berichtet, dass es sehr viele positive Rückmeldungen dazu gegeben habe.
- 3.) Letzte Woche habe es eine Begehung der neuen Bushaltestellen gegeben, welche ab Mitte Dezember auch im Rahmen des neuen Fahrplanes angefahren werden. In diesem Zusammenhang berichtet der Vorsitzende, dass es nach einer Intervention zur geplanten Abschaffung des Schüler-Gelegenheitsverkehrs des Busses von St. Georgen nach Vöcklabruck, die positive Nachricht gebe, dass diese Verbindung weiterhin aufrecht erhalten werde.
- 4.) In der nächsten REGATTA Sitzung soll ein neues Shuttle Service für den Ausbau des öffentlichen Mikroverkehrs im Salzkammergut beschlossen werden. Nähere Details dazu werde es in den diesbezüglichen Beratungen im Nachhaltigkeitsausschuss und dann im Gemeindevorstand geben, wo über die Teilnahme am Projekt vorberaten bzw. dessen Finanzierung zu genehmigen sein werde.
- 5.) Beide Feuerwehren haben, wie inzwischen allen Mandataren bekannt, massiven Investitionsbedarf in Bezug auf die Feuerwehrehäuser gemeldet und auch wiederholt bekräftigt. Neben diesen Projekten sei auch über die Zukunft des Arzthauses zu beraten. Hierzu gebe es vom Gemeindevorstand den Vorschlag am Samstag den 13.01.2024 eine Gemeindeklausur über diese Themen und notwendigen Entscheidungen abzuhalten. Der Vorsitzende ersucht alle Gemeinderäte diesen Termin wahrzunehmen um auf möglichst breiter Basis eine gemeinsame Linie zu finden.
- 6.) Am Freitag fand ein Tag der offenen Grabung in Altenberg statt. Hierbei habe es interessante Einblicke in die bisherigen Funde gegeben.
- 7.) Eine neue Friseurin habe vergangene Woche im Haus Ingrid eröffnet, was sehr erfreulich sei, weil so ein drohender Leerstand in recht wahrnehmbarer Lage abgewendet werden konnte.

2. Bericht aus dem Prüfungsausschuss

Sachverhalt:

Der Prüfungsausschuss hat am 12.09.2023 eine Sitzung mit inhaltlichen Schwerpunkten auf das vorläufige Strandbadergebnis, die Energiekosten und die Veranlagung von Rücklagen abgehalten.

Gemäß §91 Abs. 3 der OÖ GemO ist dem Gemeinderat über das Ergebnis schriftlich Bericht zu erstatten. Der Prüfbericht befindet sich in der Anlage und möge vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen werden.

Wesentlicher Inhalt Beratungsverlauf:

Der Vorsitzende ersucht die zuständige Obfrau um deren Ausführungen. Diese fasst den Sachverhalt kurz zusammen und geht dabei im Detail auf die im Bericht enthaltenen Einnahmen und die Ausgaben des Strandbads in der vergangenen Saison ein. Anschließend werden von ihr auch die Energiekosten, die bis dato vorgelegen waren im Detail geschildert. Erfreulich sei es abschließend, dass nach den vereinbarten Nachverhandlungen durch den Bürgermeister ein Habenzinssatz von 3,25% für die Rücklagen-konten der Gemeinde vereinbart werden konnte.

Der Vorsitzende ersucht um Wortmeldungen.

Es gibt keine weiteren wesentlichen Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, den vorliegenden Prüfbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Beschluss: Einstimmige Annahme durch ein Zeichen der Hand.

Anlagen:

2023-09-12_Verhandlungsschrift und Prüfbericht

3. Betriebsbaugebiet - FE Business Park vertragl. Vereinbarung

Sachverhalt:

Auf Basis der diesbezüglichen Beratungsergebnisse aus der Sitzung des Gemeinderats am 18.09.2023 wurden erneut Gespräche mit der Geschäftsführung von FE Business Park geführt und von deren Anwalt schließlich der beiliegende Vertragsentwurf übermittelt. Der Entwurf wurde vom zuständigen Ausschuss in der Sitzung am 24.10.2023 vorberaten und auf Übereinstimmung mit dem politischen Willen des Gemeinderats geprüft.

Beschlussvorschlag:

Der u.a. für Betriebsansiedlung zuständige Ausschuss für für Wirtschaft und Tourismus hat in seiner Sitzung am 24.10.2023 über den Tagesordnungspunkt vorberaten und einstimmig beschlossen, dem Gemeinderat die Genehmigung beiliegender Nachtragsvereinbarung zu empfehlen.

Wesentlicher Inhalt Beratungsverlauf:

Der Vorsitzende ersucht den zuständigen Ausschussobmann um dessen Ausführungen. Dieser fasst den Sachverhalt kurz zusammen und berichtet aus den inzwischen erfolgten Gesprächen mit den Geschäftsführern von FE Businessparks und den darauffolgenden Beratungen im Ausschuss. Aus seiner Sicht werde mit der vorliegenden Vereinbarung dem Willen des Gemeinderats, aus der letzten Diskussion, genüge getan. Er ersucht um Wortmeldungen.

Es gibt keine weiteren wesentlichen Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, entsprechend der Empfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus, den Abschluss der vorliegenden Vereinbarung zu genehmigen.

Beschluss: Mehrheitliche Annahme durch ein Zeichen der Hand. Eine Stimmenthaltung durch EGR Stefan Mühlberger.

Anlagen:

FE Business Parks GmbH_Nachtrag zur Vereinbarung über die Einräumung eines Options- und Vorkaufsrechtes vom 14_09_2021

4. Betriebsbaugebiet - Vorkaufsrecht gegenüber FE Business Parks

Sachverhalt:

In der Sitzung des Gemeinderats am 22.05.2023 wurde mehrheitlich beschlossen im Sinne der Pehn Bootsbau GmbH den Verzicht auf das Vorkaufsrecht gegenüber FE Businessparks GmbH zu genehmigen. Im Zuge der vertraglichen Abwicklung des Eigentumswechsels stellte sich allerdings heraus, dass die Pehn Bootsbau GmbH nicht die Käuferin ist, sondern nur noch als Mieterin ins Betriebsbaugebiet ziehen soll. Als alleinige Käuferin sollte nun eine Gesellschaft des ursprünglich als Partner vorgestellten DI Thomas Kropsch auftreten.

Nach einem diesbezüglichen klärenden Gespräch mit allen involvierten Parteien stellte sich die neue Käufergesellschaft im Rahmen einer Sitzung des zuständigen Ausschusses persönlich vor. Die präsentierten Unterlagen befinden sich in der Anlage.

Ebenso wurde von FE Businessparks Herr Würtinger als interessierten Käufer eines einzelnen TOPs genannt und dessen Ansiedlung im Ausschuss gemäß beiliegendem Bewerbungskonzept vorberaten.

In der Sitzung des Gemeinderats am 18.09.2023 wurde die diesbezügliche Beschlussfassung bis zur heutigen Sitzung vertagt, um vorab noch Klarheit über diverse rechtliche Unsicherheiten zu erlangen.

Beschlussvorschlag:

Der für das Betriebsbaugebiet zuständige Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus hat in seiner Sitzung am 07.09.2023 über den Tagesordnungspunkt vorberaten und mehrheitlich beschlossen dem Gemeinderat zu empfehlen zu Gunsten der Firma ABP GmbH nicht vom Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen.

Ebenso wurde mehrstimmig beschlossen, dem Gemeinderat zu empfehlen zu Gunsten von Herrn Simon Würtinger nicht vom Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen.

Wesentlicher Inhalt Beratungsverlauf:

Der Vorsitzende ersucht den zuständigen Ausschussobmann um dessen Ausführungen. Dieser fasst den Sachverhalt kurz zusammen und der Vorsitzende ersucht um Wortmeldungen.

GV DI(FH) Walter Kastinger stellt fest, dass im Amtsvortrag bzw. im Beschlussvorschlag des zuständigen Ausschusses auch noch vom Interessenten Simon Würtinger die Rede sei.

VbGm Philip Weissenbrunner erwidert, dass die Sitzung bereits im September stattgefunden hatte und hier, aufgrund der Vereinbarung aus TOP 3, inzwischen kein Kaufvorgang mehr zur Diskussion stehe. Dies sei auch zwischen FE Businesspark und Simon Würtinger bereits geklärt. Ein Mietverhältnis stehe ihm grundsätzlich nach wie vor frei.

Es gibt keine weiteren wesentlichen Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag des zuständigen Ausschusses, mit Ausnahme der auf den Interessenten Würtinger bezogenen und inzwischen obsoleten Empfehlung, zu genehmigen.

Beschluss: Mehrheitliche Annahme durch ein Zeichen der Hand. Zwei Stimmenthaltungen durch GR DI (FH) Roland Mörzinger und EGR Stefan Mühlberger. GR Renate Kroiss war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

Anlagen:

ABP GmbH 25082023

Würtinger Bewerbung Objekt Palmsdorf

5. Betriebsbaugebiet - Optionsrecht uniQum/STS Fertigteile

Sachverhalt:

Die bei allen Betrieben angewandte Vereinbarung zum Options- und Vorkaufsrecht wurde am 12.10.2020 im Beisein eines Notares unterfertigt. Mit dieser Vereinbarung wurde auch die Frist für die Verwirklichung des Projektes „uniQum – 3D Betondruck“ bis 03.09.2023 verbindlich fixiert. Ab diesem Zeitpunkt hätte die Gemeinde grundsätzlich die Möglichkeit von ihrem Optionsrecht Gebrauch zu machen bzw. einen Dritten dafür namhaft zu machen.

Nach mehrmaligen Hinweisen auf diese Vertragspassage durch die Gemeindeverwaltung wurde im Frühjahr von der Geschäftsführung in persönlichen Gesprächen mit Bürgermeister und zuständigem Ausschussobmann sowie mit den beiliegenden Unterlagen um Aufschub der vereinbarten Frist ersucht. Über dieses Ansuchen wurde auch im Mai diesen Jahres im Ausschuss beraten und eine Empfehlung beschlossen.

Zwischenzeitlich hat der örtliche Dachdeckerbetrieb Pleiner sein Kaufinteresse gegenüber dem zuständigen Ausschussobmann bestätigt und die Sachlage wurde erneut im Ausschuss beraten.

Beschlussvorschlag:

Der zuständige Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus (u.a. Betriebsansiedlung) hat in seiner Sitzung am 10.05.2023 über die Sachlage beraten und einstimmig beschlossen, dem Gemeinderat zu empfehlen das Optionsrecht bis auf weiteres nicht auszuüben und eine Verlängerung von 3 Jahren zu gewähren. Sollte allerdings zum Stichtag 31.03.2024 kein Einreichplan vorliegen soll vom Optionsrecht Gebrauch gemacht werden.

Der zuständige Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus (u.a. Betriebsansiedlung) hat in seiner Sitzung am 07.09.2023 erneut über die Sachlage beraten und einstimmig beschlossen, dem Gemeinderat zu empfehlen vom Optionsrecht gegenüber der STS Fertigteile GmbH Gebrauch zu machen und keine weitere Fristverlängerung mehr zu gewähren.

Wesentlicher Inhalt Beratungsverlauf:

Der Vorsitzende ersucht den zuständigen Ausschussobmann um dessen Ausführungen. Dieser fasst den Sachverhalt kurz zusammen und der Vorsitzende ersucht um Wortmeldungen.

GR Helga Sturm zeigt sich von der Idee einer gemeinsamen Nutzung angetan und schlägt vor heute keinen diesbezüglichen Beschluss zu fassen, sondern einen Kontakt zwischen Herrn Staudinger und Herrn Pleiner herzustellen.

Auch GR Mag. Wolfgang Wurm würde im Hinblick auf den Raumverbrauch eine gemeinsame Nutzung gut finden und würde ihnen eine Chance geben sich darüber im Detail auszutauschen.

GV DI(FH) Walter Kastinger hinterfragt, ob es einen zeitlichen Druck seitens Pleiner für eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung gebe, was von Vbgm Philip Weissenbrunner verneint wird.

EGR Ing. Gerhard Gschwandtner erkundigt sich, ob STS bekannt sei, dass sich eine Entscheidung für Pleiner anbahne. Der Vorsitzende bejaht dies und berichtet, dass er ihn selbst über das Ergebnis der Vorberatung im Ausschuss in Kenntnis gesetzt habe. Inzwischen liege, wie Herr Staudinger bereits berichtet hatte, eine Einreichplanung im Bauamt auf.

GR Florian Eicher gefalle der Vorschlag einer gemeinsamen Nutzung. Er sei aber irgendwie überrascht von der gefassten Reaktion von Herrn Staudinger. Er persönlich habe dabei keinen unbedingten Drang oder Willen zur Realisierung des Projektes wahrgenommen.

GR Mag. Wolfgang Wurm stellt dazu fest, dass er einfach generell ein sehr reflektierter Mensch zu sein schien.

GV Mag.(FH) Herwig Kaltenböck berichtet, dass die Frage innerhalb der ÖVP Fraktion eindeutig auf Basis der Anzahl der Arbeitsplätze zu entscheiden gewesen wäre. Er habe nun aber den Eindruck, dass alle Fraktionsmitglieder auch eine Doppelnutzung befürworten würden.

GR MMag. Volker Biladt schlägt vor den örtlichen Dachdecker Pleiner durch eine entsprechende Beschlussfassung in der heutigen Sitzung in die führende Rolle bei möglichen Gesprächen zu einer gemeinsamen Nutzung zu bringen. Immerhin wäre er dann nach Abwicklung der Grundstückseigentümer und kein Bittsteller.

EGR Stefan Mühlberger erinnert daran, dass eine gemeinsame Lösung wieder viel Zeit in Anspruch nehmen würde. Rechtliche Fragen, Abstimmungen zum Gebäude usw. würden sicher wieder ein- zwei Jahre ohne Einnahmen aus Kommunalsteuern für die Gemeinde bedeuten.

Vbgm Philip Weissenbrunner ist der Meinung, dass eine Zusammenführung schon sinnvoll sei. Sollte Pleiner gleich wissen, dass das keine Zukunft habe, würde auch kein nennenswerter Zeitraum verloren gehen.

GR Renate Kroiss vermittelt ihren Eindruck, dass die STS ohne Sondereinladung vielleicht gar nicht in die Gänge gekommen wäre.

GV Caroline Mühlberger ist ebenfalls der Meinung, dass Pleiner seit der Entscheidung gegen ihn, zu Gunsten der Firma Seiringer, schon eine Weile hingehalten worden sei. Es sei möglicherweise ein wichtiges Signal sich nun zu seinem Unternehmen und dessen Verbleib im Gemeindegebiet zu bekennen.

GV DI(FH) Walter Kastinger stellt fest, er habe seine Frage eingangs genau aus diesem Grund gestellt. Die nächste Gemeinderatssitzung sei immerhin schon in wenigen Wochen, was nicht so schlimm wäre. Sollte allerdings ein Zeitdruck bestehen und Pleiner schlimmstenfalls vielleicht ganz abspringen, wäre das kontraproduktiv. Der Vorsitzende stellt fest, dass man Pleiner mit der Fragestellung konfrontieren sollte. Wenn es nicht in Frage komme, sei nicht viel Zeit verloren.

GV Caroline Mühlberger hinterfragt ob es eine Finanzierungszusage der Bank für Markus Pleiner gebe, da die Gemeinde jedenfalls auf ganzer Linie verlieren würde, wenn man nun die Option ziehe und dann erst recht kein Projekt realisiert werden könne. Der zuständige Ausschussobmann Vbgm. Philip Weissenbrunner erwidert, ihm habe Markus Pleiner die Finanzierungszusage der Bank mündlich bestätigt.

GR DI(FH) Roland Mörzinger denkt, dass es besser sei sich als Gemeinde nicht gleich heute auf eine Seite zu schlagen. Vielmehr sehe er eine stärkere lenkende Rolle, wenn die Gemeinde zunächst noch als Vermittler involviert bleibe.

Der Vorsitzende tendiere eher dazu heute zu entscheiden, dass Pleiner das Grundstück kriegen sollte, um ihm eine stärkere Position im Gespräch mit STS zu verschaffen. Dies würde auch eher den jüngsten Vorberatungen des zuständigen Ausschusses entsprechen.

GR Lukas Hemetsberger hinterfragt, wie das denn laufen würde. Der Vorsitzende erläutert, dass gemäß Vereinbarung die Gemeinde der STS die Firma Pleiner, bzw. deren noch zu definierende juristische Person, als Dritten für die Kaufoption für das gesamte Grundstück namhaft machen würde. Abgewickelt würde das über die RA Kanzlei Dr. Häupl, den Rechtsbeistand der Gemeinde. In weiterer Folge hätte Pleiner dann die Möglichkeit sich mit STS auf eine gemeinsame Nutzung zu einigen, ihm Teile des Grundstücks zurück zu verkaufen, oder Anteile an seiner eigenen Käufergesellschaft, oder ähnliches, oder eben auch alleine weiterzumachen.

GV DI(FH) Walter Kastinger stellt fest, er komme mehr und mehr zu dem Schluss, dass der Gemeinderat durchaus gleich heute der Empfehlung des Ausschusses folgen könne.

Der Vorsitzende fasst abschließend zusammen, dass aus der Debatte eine mehrheitliche Tendenz entstanden zu sein scheine, der Empfehlung des Ausschusses in der heutigen Sitzung folgen zu wollen.

Es gibt keine weiteren wesentlichen Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, den letzten Beschlussvorschlag des zuständigen Ausschusses zu genehmigen und Markus Pleiner bzw. seine Käufergesellschaft als Dritten für die Option namhaft zu machen. Im Zuge dessen, solle Markus Pleiner nahegelegt werden, das Angebot einer gemeinsamen Nutzung, welches auch im Sinn der Gemeinde wäre, in Betracht zu ziehen.

Beschluss: Mehrheitliche Annahme durch ein Zeichen der Hand. Eine Stimmenthaltung durch GR Philipp Seiringer.

Anlagen:

STS 2023-04-24 Beschreibung

STS 2023-02-20 Bauzeitplan

STS 2023-02-20 BauzeitplanGrob

6. Perspektiven Evaluierungsergebnis

Sachverhalt:

Der u.a. für Kultur zuständige Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus hat in seiner Sitzung am 24.10.2023 nach einem persönlichen Bericht der Organisatoren die Veranstaltungsreihe der vergangenen Saison evaluiert und anschließend über die Zukunft des Festivals in Attersee beraten.

Beschlussvorschlag:

Der u.a. für Kultur zuständige Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus hat in seiner Sitzung am 24.10.2023 über den Tagesordnungspunkt vorberaten und einstimmig beschlossen, dem Gemeinderat zu empfehlen, die Fortführung des Perspektiven Festivals zu genehmigen und für das kommende Jahr €12.000 als Subvention dafür vorzusehen.

Finanzierung:

Die notwendigen Mittel können aus derzeitiger Sicht im Voranschlag 2024 vorgesehen werden.

Wesentlicher Inhalt Beratungsverlauf:

Der Vorsitzende ersucht den zuständigen Ausschussobmann um dessen Ausführungen. Dieser fasst den Sachverhalt kurz zusammen und berichtet aus dem Vortrag der Organisatoren im Rahmen bzw. im Vorfeld der Ausschusssitzung. In dieser Ausschusssitzung seien sich nach eingehender Beschäftigung mit dem Thema alle anwesenden Mandatäre einig gewesen, dass die Veranstalter alle Vorgaben der Gemeinde erfüllt haben und das Festival auch wie geplant die kommenden vier Jahre fortzusetzen. Für das kommende Jahr sei eine Unterstützung von €12.000 empfohlen worden. Er ersucht um Wortmeldungen.

GR Helga Sturm kritisiert, die empfohlene Erhöhung der Subvention scharf. Schließlich habe man für dieses Jahr von den ewigen €10.000 sogar auf €8.000 reduziert. Gleichzeitig würde bei den eigenen örtlichen Vereinen an jedem Eck gespart und, wie zum Beispiel beim Imkerverein sogar über €50 diskutiert. Selbst gezahlte Besucherzahlen von insgesamt 2.500 über drei vier Wochen würden aus Ihrer Sicht keine derartig hohe Unterstützung rechtfertigen.

GR Florian Eicher finde das Kunstfestival, das nicht immer nur den Mainstream anspricht durchaus gut und bereichernd und freue sich auch darüber, dass es so etwas in Attersee gebe. Der Umfang der Subvention sei für ihn vor allem in Kombination mit jener des örtlichen Verschönerungsvereines und des Tourismusverbandes allerdings schon recht hoch. Mit solchen Beträgen müsse man aus seiner Sicht deutlich mehr Wirkung, Wahrnehmung und Besuch erzielen können.

EGR Stefan Mühlberger stellt fest, dass der Gemeinderat gewählt worden sei, um etwas für die örtliche Bevölkerung zu tun. Er habe auch dieses Jahr nicht wahrnehmen können, dass dieses Programm die örtliche Bevölkerung angesprochen habe.

Der Vorsitzende stellt klar, dass die Kuratoren unentgeltlich gearbeitet hatten und in Richtung GR Sturm, dass zumindest in seiner Amtszeit keinem einzigen örtlichen Verein eine Subvention gekürzt oder ein Unterstützungsansuchen verwehrt worden sei. Die oft zitierten Imker habe er nach der erwähnten Diskussion im Gemeindevorstand dann aus Verfügungsmitteln als Landtagsabgeordneter unterstützt und so hätten diese im Endeffekt sogar mehr erreicht als angesucht. Allgemein sei es geplant das Förderwesen der Gemeinde zu objektivieren. Hierzu

solle eine Struktur für die Zukunft im Ausschuss für Vereine ausgearbeitet werden, welche dann herangezogen werden könne.

GR Helga Sturm stellt klar, dass sie vorhin nicht gemeint habe, dass Subventionen gekürzt worden seien, sondern nur, dass bei den örtlichen Vereinen oft um minimalste Beträge gefeilscht werde. Das Perspektiven Festival sei hingegen schon seit Jahren der größte Subventionsempfänger und heute solle immerhin von zuletzt €8.000 auf €12.000 erhöht werden, obwohl offenbar kaum jemand etwas mit den Inhalten anfangen könne.

EGR Ing. Gerhard Gschwandtner hinterfragt, ob es grundsätzlich das Bekenntnis der Gemeinde zum Kulturfestival der Perspektiven im Ort gebe.

Der Vorsitzende erwidert, dass es jetzt im Moment genau darum gehe, dies festzustellen. Auf Basis der Erkenntnis, dass diese Frage auch in früheren Jahren im Rahmen der Voranschlagsbeschlüsse immer wieder zu sich wiederholenden endlosen Diskussionen geführt habe, sei vereinbart worden, nach der diesjährigen Veranstaltungsreihe eine Evaluierung im für Kultur zuständigen Ausschuss durchzuführen. Dabei sei nach eingehender Diskussion die vorliegende Empfehlung an den Gemeinderat entstanden. Dies auf der Basis, dass alle genannten Vorgaben auch eingehalten worden waren. Im Rahmen dieser Beratung sei zudem die Empfehlung zu Stande gekommen, auch Sponsoring von Unternehmen für eine unabhängigere Finanzierungsstruktur anzustreben. Empfehlung des Ausschusses sei es zudem gewesen, die Atterseehalle in Zukunft auf andere Weise zu bespielen.

GV Caroline Mühlberger stellt fest, dass sie das Festival grundsätzlich unterstütze, weil es inzwischen auch schon irgendwie zu Attersee gehöre. Aus ihrer Sicht sei allerdings die Höhe der Subvention problematisch. Für 2.500 Besucher bei 30 Veranstaltungen seien €12.000 deutlich zu viel.

GR Verena Steinkogler BSc, stellt fest, dass das Festival möglicherweise insgesamt zu urban angelegt sei und insgesamt eher in Wien oder Linz Anklang finden würde. Sollte es das gewünschte Ziel sein, eher die regionale Bevölkerung und die Touristen anzusprechen müsste inhaltlich wahrscheinlich gänzlich umgesattelt werden.

GR Florian Eicher stellt fest, dass es vor allem in der Atterseehalle eine alternative Vorgabe seitens der Gemeinde geben müsse, welche auch leichter zu verstehen sein sollte. Insgesamt müsse der Besuch auch niederschwelliger und für ein größeres Publikum möglich sein. Er würde den aktuellen Organisatoren aber jedenfalls eine weitere Chance geben.

Vbgm Philip Weissenbrunner ergänzt, dass all dies dem Kuratoren-Duo im Rahmen der Ausschusssitzung bereits mitgeteilt worden sei und sie diesbezüglich für alles offen gewesen wären und Anpassungsbereitschaft signalisiert hätten.

EGR Ing. Gerhard Gschwandtner hinterfragt, ob dies das richtige Gremium sei um darüber zu diskutieren was konkret in welchen Räumlichkeiten inszeniert werden solle. Es gebe doch einen zuständigen Ausschuss.

GV Mag.(FH) Herwig Kaltenböck zeigt sich verwundert über die ausufernde Diskussion und Uneinigkeit im Gemeinderat nach einem immerhin einstimmigen Beschlussvorschlag aus dem Ausschuss. In der Fraktion und auch privat sei er der Meinung, dass der Mehrwert der Veranstaltungsreihe noch weiter ausgearbeitet werden sollte und könnte.

GR Mag. Wolfgang Wurm gibt zunächst zu, dass er diesen Sommer bei keiner der angebotenen Veranstaltungen gewesen sei, weil ihn persönlich eben nichts davon angesprochen habe. Allerdings sehe er Attersee als jugendlicher und hipper als zum Beispiel St. Georgen, worauf er auch ein bisschen stolz sei. Kunst sei insgesamt schwer zu bewerten. Er sei grundsätzlich schon dafür, den aktuellen Kuratoren weiterhin eine Chance zu geben. Angeregt sollte dennoch werden, das Programm etwas breitenwirksamer aufzustellen, sodass vielleicht auch er einmal einen Programmpunkt keinesfalls verpassen wollen würde.

Der Vorsitzende sehe den Unterschied in der Diskussion im Ausschuss und im Gemeinderat darin, dass im Ausschuss zunächst eine 1 1/2 stündige Präsentation der Kuratoren stattgefunden habe und daraufhin auch ein direkter Austausch erfolgt sei. Im Zuge dessen seien nahezu alle Fragestellungen die auch heute entstanden sind mit den Organisatoren besprochen worden. Dabei entstehe unter Umständen ein breiteres Bild.

Sollte der Gemeinderat nicht auf die Vorberatung des Ausschusses vertrauen, gäbe es auch die Möglichkeit diesen direkten Austausch auf dieses Gremium zu übertragen.

GV Caroline Mühlberger stellt fest, dass sie sich sehr wohl im Detail mit dem Thema auseinandergesetzt habe. Sie sei diesen Sommer auch bei einer Veranstaltung gewesen und habe sich im Vorfeld der Sitzung eine eigene Meinung gebildet. Sie befürworte das Festival grundsätzlich, sei aber der Meinung, dass die €12.000 zu hoch seien. Es könne ja auch angeregt werden, selbst kreativ zu werden um an zusätzliche finanzielle Mittel zu kommen.

GR Helga Sturm schließt sich ihrer Vorrednerin an, auch in Bezug auf die Meinungsbildung. Sie habe bereits seit Jahren überwiegend schlechtes Feedback aus der Bevölkerung erhalten und sehe sich verpflichtet dies auch als gewählte Mandatarin zu berücksichtigen.

EGR Stefan Mühlberger stellt fest, dass jetzt einfach abgestimmt werden sollte. Vielleicht zunächst ob überhaupt fortgesetzt werden soll und dann wie hoch eine Unterstützung sein könnte.

GR Gerhard Emhofer räumt ein, dass er nichts von Kunst verstehe, aber den Unterlagen sei zu entnehmen, dass die Kuratoren jeweils 800 Stunden ins Budget geschrieben hatten. Dies wären bei 40 Wochenstunden ganze 40 Wochen also 9 Monate Arbeit, was aus seiner Sicht völlig absurd sei.

VbGm Philip Weissenbrunner stellt fest, dass man sich grundsätzlich treu bleiben müsse, da die Vorlagen erfüllt worden seien.

Der Vorsitzende stellt die Grundsatzfrage, ob es in Attersee weiterhin eine moderne Kunstveranstaltung geben sollte.

GR Philipp Seiringer schlägt vor die Bevölkerung in die Fragestellung einzubinden, da wiederholt von mangelndem Interesse der Ortsansässigen berichtet worden war.

GR MMag. Volker Biladt stellt fest, dass es bewusst eine Minderheitenveranstaltung sei, die in einer öffentlichen Befragung auch nie eine mehrheitliche Unterstützung finden könne. Dies sei allerdings bei Kunst grundsätzlich so und daher sei eine übertrieben breit aufgestellte Entscheidungsfindung vielleicht auch nicht zielführend.

GR Florian Eicher stellt fest, dass er das Kunstfestival jedenfalls befürworte. Sein Problem sei lediglich, dass er den Eindruck habe, dass aus den großen Geldmengen zu wenig entstehe. Im Vergleich dazu, sei es zum Beispiel erstaunlich was David Buder mit dem fm4 Festival, mit deutlich weniger öffentlichen Mitteln zu Stande bringe.

GR Renate Kroiss erinnert daran, dass die Kuratoren im Vorfeld der Ausschusssitzung sehr offen gewesen seien im Zusammenhang mit Kooperationen und Vorschlägen. Vielleicht könne ja auch GR Eicher in seiner Rolle als Obmann des Verschönerungsvereins unterstützend beraten. GR Mag. Wolfgang Wurm pflichtet dem bei und stellt fest, dass er ja über sämtliche Kontakte zu den Vereinen und Gastronomen verfüge.

GR Florian Eicher erwidert, er ringe einfach damit, dass diese Offenheit für Vorschläge auch für die vergangene Saison stets betont worden war und dann überhaupt nicht so gelebt worden sei.

Der Vorsitzende stellt aufgrund der fortgeschrittenen Beratungsdauer erneut die Grundsatzfrage. Er betont, hierzu habe es im Ausschuss bereits eine eindeutige gemeinsame Meinung gegeben, nämlich, dass das Festival wertvoll sei und die Vorgaben der Gemeinde erfüllt worden seien. Um den Willen des Gemeinderats bestmöglich einzufangen schlägt er vor, die Ausschussempfehlung in zwei Teilen zur Abstimmung zu bringen. Hierzu bittet er vor einer Abstimmung um ein Stimmungsbild.

Einzig EGR Stefan Mühlberger ist der Meinung, dass das Perspektiven Festival nicht weiter fortgesetzt werden soll.

Beschluss:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, die Empfehlung des Ausschusses zur Fortführung des Perspektiven Festivals zu genehmigen.

Beschluss: Mehrheitliche Annahme durch ein Zeichen der Hand. Eine Gegenstimme durch EGR Stefan Mühlberger.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Beschlussvorschlag auf eine Unterstützung mit €12.000 im Jahr 2024 laute und ersucht um diesbezügliche Wortmeldungen.

GV Mag.(FH) Herwig Kaltenböck schlägt vor bei den bisher gewährten €10.000 zu bleiben, da auch alle Vorgaben erfüllt worden seien und die Kuratoren sich sehr bemüht hatten.

GR Florian Eicher regt an die Inflation nicht außer Acht zu lassen. Seit Jahrzehnten seien jedes Jahr €10.000 subventioniert worden und eine Anpassung auf €12.000 wäre angesichts der jüngsten Index-Entwicklungen ein vertretbarer Ansatz.

EGR Stefan Mühlberger stellt den Gegenantrag im kommenden Jahr mit €10.000 zu unterstützen.

Beschluss:

Der Vorsitzende stellt zunächst den Gegenantrag von EGR Stefan Mühlberger, die Unterstützung des Perspektiven Festivals im Jahr 2024 mit €10.000 zu genehmigen.

Beschluss: Mehrheitliche Annahme durch ein Zeichen der Hand. 10 Stimmen dafür durch GV Caroline Mühlberger, EGR Stefan Mühlberger, GR Mag. Wolfgang Wurm, GR Gerhard Emhofer, GR Florian Eicher, GR Helga Sturm, GR Verena Steinkogler BSc, EGR Michael Holly-Schiemer, GR Daniela Ablinger und GR Philipp Seiringer.

7. Subvention Kirchklang Brucknerjahr 2024

Sachverhalt:

Mit Email vom 12. Oktober 2023 ersucht Prof. Haselböck um wiederum um Subvention des Festivals Kirchklang 2024 gemäß Beilage. Diesmal soll die Konzertveranstaltung in das landesweite Kulturprogramm des Brucknerjahres 2024 eingebunden werden.

Beschlussvorschlag:

In seiner Sitzung am 23.10.2023 hat der Gemeindevorstand mehrheitlich beschlossen, dem Gemeinderat grundsätzlich die Unterstützung des Projektes mit maximal €4.000,- zu empfehlen und vor der Sitzung noch eine konkrete Abstimmung mit dem VSV zu erwirken.

Finanzierung:

Die notwendigen Mittel können aus derzeitiger Sicht im Voranschlag 2024 vorgesehen werden.

Wesentlicher Inhalt Beratungsverlauf:

Der Vorsitzende fasst den Sachverhalt kurz zusammen und erläutert zunächst, wie es überhaupt dazu kam, dass Attersee eine Bruckner Gemeinde sei. Es habe sich wohl so zugetragen, dass Anton Bruckner im Hagerhaus vierhändig Klavier gespielt habe und anschließend Bier konsumiert habe. Dies sei von Kulturforschenden einem Gästebuch von damals entnommen worden. Jedenfalls seien alle Brucknergemeinden dazu angehalten sich an diesem groß angelegten Kulturjahr unter der Oberleitung der zuständigen Landesdirektion zu beteiligen. Zunächst habe sich auf Gemeindeebene Bernhard Hollerwöger des Projektes angenommen, dieser sei aber wegen seines Umzuges inzwischen aus den Gemeindegremien ausgeschieden.

Der Vorsitzende sei dann, mangels proaktiver Initiativen Dritter, zu dem Schluss gekommen, es sei sinnvoll bestehende Strukturen für einen Beitrag zum Brucknerjahr zu nutzen. Die bisher schon veranstalteten Kirchklangkonzerte hier einzugliedern sei von Prof. Haselböck ohne langes Zögern angenommen worden. Dieser habe dann aber auch gleich ein zweites Konzert mit Bachliteratur vorgeschlagen und das gegenständliche Förderansuchen gestellt. In diesem Zusammenhang wolle er auch betonen, dass die Kirchklangkonzerte bundesweit auf Ö1 übertragen worden waren was auch im kommenden Jahr in dieser Form angedacht sei. Für ihn persönlich wäre es beinahe peinlich sich nicht an der landesweiten Brucknerinitiative zu beteiligen.

Er ersucht um Wortmeldungen.

GV Caroline Mühlberger hadert erneut damit, dass es keine allgemein gültige Entscheidungsgrundlage für die Gewährung von Subventionen gebe. Zudem erscheine ihr der Betrag wiederum sehr hoch.

GR Florian Eicher berichtet, dass im letzten Jahr €500,- von der Gemeinde und €1.500 vom Verschönerungsverein beigesteuert worden seien.

Der Vorsitzende bringt ein, dass es grundsätzlich auch möglich sei nur das Brucknerkonzert zu unterstützen, falls der Gemeinderat das so wünschen würde. Nach kurzer diesbezüglicher Diskussion wird aufgeklärt, dass gemäß Beschlussvorschlag für jedes der beiden Konzertveranstaltungen €2.000 veranschlagt werden sollten. Sollte ein Konzert nicht stattfinden würde es natürlich auch zu keiner Auszahlung kommen.

EGR Ing. Gerhard Gschwandtner stellt fest, dass hierüber noch niemand mit der Pfarre Attersee gesprochen habe. Er wolle aber auch darauf hinweisen, dass beide bisher durchgeführten Konzerte sehr gut gespielt und auch sehr gut besucht worden seien. Dennoch wolle er klarstellen, dass die Pfarrgemeinde bereits vor einigen Jahren festgelegt habe, in der Kirche keine Einbauten für größere Orchester mehr zu gestatten. Er finde es sehr erfreulich, dass solche hochwertigen Veranstaltungen in Attersee stattfinden und gehe bei Einhaltung der Rahmenbedingungen auch davon aus, dass eine Zustimmung der Pfarrgemeinde erteilt werde.

GR Florian Eicher regt an, dass die Gemeinde sich diesmal etwas höher beteiligen könne. Immerhin sei der Antrag, wie schon im Vorjahr, an die Gemeinde gestellt worden, die solche Veranstaltungen dann gerne an den Verschönerungsverein abschiebe.

GV Mag.(FH) Herwig Kaltenböck ist der Meinung, dass die Radiowerbung immer noch sehr hoch einzuschätzen sei und sieht durchaus einen großen Mehrwert für die Gemeinde als Tourismusort.

Es gibt keine weiteren wesentlichen Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, der Empfehlung des Gemeindevorstandes folgend, die Budgetierung von max. €4.000,-, also jeweils €2.000 im Voranschlag 2024 zu genehmigen.

Beschluss: Mehrheitliche Annahme durch ein Zeichen der Hand. Eine Stimmenthaltung durch GV Caroline Mühlberger.

Anlagen:

Budgetierung Attersee Kirchklang 2024

8. Nutzungsänderung Außenbereich KIGA Alt

Sachverhalt:

Von Gesetzes wegen sind für jede Krabbelstubengruppe 200m² Außenspielbereich vorzusehen. Das bedeutet, dass im Vergleich zum Kindergarten Flächen frei werden, die einer anderen Nutzung zugeführt werden können. Der zuständige Ausschuss wird über die Möglichkeiten vorberaten und dabei insbesondere auch die Stellungnahmen der Volksschuldirektorin und der Leiterin der Krabbelstube berücksichtigen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seiner Sitzung am 30.10.2023 über den Sachverhalt vorberaten und eine Empfehlung für die Beschlussfassung im Gemeinderat beschlossen.

Wesentlicher Inhalt Beratungsverlauf:

Der Vorsitzende ersucht den zuständigen Ausschussobmann um dessen Ausführungen. Dieser fasst den Sachverhalt kurz zusammen und berichtet, dass es für den Bereich nördlich des Volksschulgebäudes noch keine endgültige Empfehlung gebe. Der jeweilige Nutzbereich für die Schule und die künftige Krabbelstube werde unter Einbeziehung der Stellungnahmen der jeweiligen Leiterinnen jedenfalls empfohlen. Er ersucht um Wortmeldungen.

GV Caroline Mühlberger erkundigt sich kurz, ob denn die Außenflächen im neuen Kindergarten groß genug seien. Sie habe in Erinnerung, dass es hier Engpässe gebe. GR MMag. Volker Biladt verneint dies.

Der Amtsleiter berichtet im Auftrag des Vorsitzenden, dass sich bei der heutigen Baubesprechung vor Ort herausgestellt habe, dass das normgerechte Gefälle für die Rampe bereits beim bestehenden alten Rutschturm des Kindergartens beginnen müsste. Dies würde die Nutzung dieser Freiflächen jedoch massiv einschränken. Daher habe er vor Ort eingehend mit den Fachleuten der ausführenden Firmen über alternative Lösungen diskutiert. Dabei sei die Möglichkeit identifiziert worden, den ohnehin schon lange problematischen mit Waschbetonplatten errichteten Zugang von der Kirchenstraße zum Haus in einem Zuge mit zu betonieren und auf das Niveau der umliegenden Wiesen zu bringen. Optisch wäre das ähnlich zum Zugang des neuen Kindergartens vorstellbar. Durch die Niveaueinpassung würde die Rampe erst ungefähr 1,20m südlich des derzeitigen Zugangs beginnen und deutlich weniger ins Gelände einschneiden. Ein zusätzlicher Vorteil für alle Eltern wäre es, dass der Zugangsweg bei Regen nicht mehr völlig überschwemmt wäre, weil er nicht mehr der tiefste Punkt der Umgebung wäre.

EGR Stefan Mühlberger regt an, den Zugang zur Krabbelstube überhaupt nach hinten zu verlegen. So könnte der vordere Bereich ganz frei bleiben und die Pkw der liefernden und holenden Eltern der Krabbelstubenkinder vom Hauptverkehrsbereich der Schule und des Kindergartens räumlich ein bisschen getrennt werden. Der Amtsleiter ergänzt nach kurzer allgemeiner Diskussion, dass in diese Richtung ein noch stärkeres Gefälle bestehe, wodurch die Rampe noch länger werden und theoretisch rund ums Hauseck führen müsste.

Es gibt keine weiteren wesentlichen Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, die Ausrichtung der Rampe und die neue skizzierte Aufteilung zu genehmigen.

Beschluss: Einstimmige Annahme durch ein Zeichen der Hand.

Anlagen:

Lageplan

9. Straßenprojekt Kirchenstraße

Sachverhalt:

Der zuständige Ausschuss für Nachhaltigkeit hat unter Berücksichtigung der, im Rahmen der Bürgerinformationsveranstaltung am 02.10.2023 aufgenommenen, Rückmeldungen aus der Bevölkerung über die Finalisierung bzw. die weitere Vorgehensweise (weitere Planung, Anboteinholung zum Straßenbau usw.) des Straßenprojektes Kirchenstraße beraten. Das Beratungsergebnis wird von GR Mag. Wolfgang Wurm bis zur GR Sitzung visualisiert und soll nach entsprechender Genehmigung durch den Gemeinderat als Grundlage für die Preisauskünfte dienen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Nachhaltigkeit hat in seiner Sitzung am 16.10.2023 über den Tagesordnungspunkt vorberaten und einstimmig beschlossen, dem Gemeinderat zu empfehlen, anhand der bis zur Sitzung am 06.11.2023 vorliegenden Visualisierung eine Ausschreibung für die Arbeiten in der Kirchenstraße zu beauftragen.

Wesentlicher Inhalt Beratungsverlauf:

Der Vorsitzende ersucht den zuständigen Ausschussobmann um dessen Ausführungen. Dieser fasst den Sachverhalt kurz zusammen und ergänzt, dass entgegen der Ankündigung aus dem Amtsvortrag noch keine Visualisierung finalisiert werden konnte. Diese Visualisierung solle dann in weiterer Folge als Grundlage für Preisauskünfte dienen. Zur heutigen Diskussion würde aber auch die Darstellung aus der Bürgerinneninformationsveranstaltung genügen, welche auch allen Anwesenden noch einmal zur Kenntnis gebracht wird.

Der Vorsitzende ergänzt erläuternd, dass die geplante durchgängige Anrampung in Pflastersteinen ausgeführt werden solle um den Fahrern auch akustisch zu signalisieren, dass erhöhte Aufmerksamkeit notwendig ist. Zusätzlich könnte dieser Bereich auch eingefärbt werden.

GV Caroline Mühlberger hinterfragt die Rückmeldungen zu dieser Darstellung im Rahmen der Informationsveranstaltung. GR Gerhard Emhofer berichtet, dass aufgrund ihres steilen Gefälles einige Anwesende an der Wintertauglichkeit der Seegasse gezweifelt hätten. Diese würde ja aufgrund der Einbahnregelung vor dem Volksschulgebäude vermutlich etwas stärker befahren. Den Befürchtungen sei aber eventuell mit entsprechender Einteilung des Winterdienstes entgegenzuwirken. Abgesehen davon seien von einigen Anrainern der Sportstraße Ängste aufgrund einer möglichen Erhöhung des Verkehrsaufkommens durch die Einbahn geäußert worden.

GR Helga Sturm hinterfragt, wozu die Einbahn überhaupt konkret dienen würde. GR Gerhard Emhofer erwidert, dass zum einen beabsichtigt werde den Verkehr direkt vor dem Volksschulgebäude zu reduzieren und zum anderen, dass dadurch in diesem Bereich Längsparken ermöglicht werden würde. Hier könnte man kurzfristiges Parken zum Beispiel für die Eltern der Krabbelstubenkinder erlauben.

GR Lukas Hemetsberger findet die Idee absurd, ausgerechnet direkt vor dem Schulgebäude keinen erhöhten Gehsteig mehr für die Schülerinnen zu haben und zudem auch noch parkende Fahrzeuge zwischen denen sie dann durchgehen müssen um die Kirchenstraße zu queren. Die Kinder seien am letzten Stück des Schulweges ohne Gehsteig neben den Fahrzeugen unterwegs und beim Queren für den fließenden Verkehr später sichtbar. Der Sicherheitsgewinn für die Schülerinnen erschließe sich ihm hier nicht so ganz. Zur Einbahn gelte es zu bedenken, dass durch die notwendigen Umwege aus seiner Sicht insgesamt ein höheres Verkehrsaufkommen ausgelöst werde.

GR Gerhard Emhofer erläutert, dass in den Vorberatungen im Bereich der Anrampung noch ein Zebrastreifen angedacht wäre. Der Amtsleiter weist das Gremium, der Vollständigkeit halber, darauf hin, dass Schutzwege von Gesetzes wegen die ganze Nacht zu beleuchten seien.

GV DI(FH) Walter Kastinger stellt fest, dass das vorliegende Konzept grundsätzlich von einem Verkehrsplaner erstellt worden sei. Er hinterfragt, ob dabei eine Parkplatzverlagerung hinter das Volksschulgebäude bereits berücksichtigt wurde. Er sei der Meinung, dass diese neue Situation jedenfalls fachlich einzubeziehen sei. Aus seiner Sicht sei die Einbahnregelung verzichtbar und vielleicht auch fachlich nicht mehr notwendig, wenn hinter dem Gebäude zusätzliche Parkflächen entstehen.

Der Vorsitzende erwidert, dass der Bereich hinter dem Haus eher für die Mitarbeiterinnen von Krabbelstube und Kindergarten sowie den Lehrkörper gedacht seien, um dort dauerhaft parken zu können. Die durchgängige Anrampung zur Geschwindigkeitsreduktion sei eine Alternative zu einzelnen Bodenschwellen, die zum einen für den Winterdienst zum anderen aber auch durch höhere Emissionen durch Bremsen und Beschleunigen für die Anrainer große Nachteile mit sich bringen würden. Derartige Schwellen würden daher generell kaum noch eingesetzt. Die Einbahn sei in erster Linie aus dem Gedanken entstanden, dass die Verkehrsmenge direkt vor der Schule reduziert werden würde und kurzzeitige Parkplätze für Eltern von Krabbelstubenkindern zu ermöglichen.

Die Erwartungshaltung seitens der Bevölkerung sei relativ hoch. Hier gebe es schon seit längerer Zeit lautstarke Forderungen an die Politik sich eine Lösung für den entstehenden Knotenpunkt der Kinderbetreuungseinrichtungen zu überlegen.

GR Mag. Wolfgang Wurm stellt fest, dass gerade die Einbahnregelung rein physisch betrachtet in Wahrheit nur den Auf- oder Abbau von zwei Stehern mit Verkehrszeichen bedeuten würde. Sollten die gewünschten Effekte nicht eintreten könne man relativ leicht darauf reagieren und die Sache mit der Einbahn wieder gut sein lassen. GV DI(FH) Walter Kastinger stellt fest, dass das im Umkehrschluss auch bedeute, dass man genauso gut zuerst beobachten könnte, ob das von einzelnen polemisierte Chaos überhaupt tatsächlich entstehe.

EGR Stefan Mühlberger erinnert daran, dass die Straße über ihren ganzen Verlauf so eng sei, dass man oft lange warten müsse, um überhaupt einfahren zu können.

GR Lukas Hemetsberger erwidert, dass er persönlich diese Erfahrung am Weg zum Sportplatz nie gemacht habe und dies eventuell nur sehr kurze Zeiträume morgens und mittags betreffe.

GV Mag.(FH) Herwig Kaltenböck sieht einen Gewinn an Sicherheit, wenn der Verkehr nur aus einer Richtung komme.

Der Vorsitzende stellt dazu fest, dass es aus der Bevölkerung sehr wenige negative Rückmeldungen gegeben habe. Für einige Bewohnerinnen der Seegasse und Sportstraße sei zu Beginn und Ende der Betreuungszeiten mit etwas erhöhtem Verkehrsaufkommen als gewohnt zu rechnen, aber auch hier habe sich die Kritik bisher in Grenzen gehalten. Es sei wohl allen bewusst, dass angesichts der künftigen Auslastung der Kirchenstraße irgendetwas unternommen werden müsse.

GR Florian Eicher entschuldigt sich für den Rest der Sitzung und verlässt den Sitzungssaal.

GV DI(FH) Walter Kastinger stellt schließlich den Gegenantrag, den Verkehrsplaner zu beauftragen die zusätzlich entstehenden Parkflächen nördlich des Volksschulgebäudes in das Konzept zu integrieren und aus fachlicher Sicht festzustellen ob dieser zusätzliche Parkraum eine Auswirkung auf das vorliegende empfohlene Verkehrskonzept habe.

Der Vorsitzende stellt fest, dass dabei nichts Anderes herauskommen würde, da die Flächen ja den Mitarbeiterinnen vorbehalten bleiben sollten. Die bisherigen Überlegungen für die Parkplätze für die Angestellten seien die Hagerwiese und die Fläche vor der Atterseehalle gewesen. Diese seien dem Planer auch mitgeteilt worden.

GR Helga Sturm erkundigt sich, ob das vorliegende Konzept von einem Verkehrsplaner stamme, da sie sich jetzt nicht an eine Beauftragung erinnern könne. Der Vorsitzende erwidert, dass dies der Fall sei. Es hätten sich inzwischen sogar zwei verschiedene Fachplaner mit der Thematik auseinandergesetzt. Zunächst Herr Atzgerstorfer über das Büro Machowetz und Partner und zuletzt auch das Büro HIPI.

GR Helga Sturm erkundigt sich nach den desbezüglichen Kosten und der Vorsitzende erläutert, dass Atzgerstorfer um die €5.000 gekostet habe. Hierbei sei aber zu berücksichtigen, dass er damals mit einer Auseinandersetzung mit der Kirchenstraße und Palmsdorf beauftragt worden war. Inzwischen habe man die Firma HIPI einbezogen, da die ganze Ausschreibung der Tiefbauarbeiten und er geplanten Sanierung der Wasserleitung in der Kirchenstraße von der Einmündung bis zur Kreuzung Seegasse aufgrund von Synergieeffekten aus einer Hand kommen solle.

Es gibt keine weiteren wesentlichen Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt und die beiden Anträge werden zur Abstimmung gebracht.

Beschluss:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, den Verkehrsplaner zu beauftragen die zusätzlich entstehenden Parkflächen nördlich des Volksschulgebäudes in das Konzept zu integrieren und aus fachlicher Sicht festzustellen ob dieser zusätzliche Parkraum eine Auswirkung auf das vorliegende empfohlene Verkehrskonzept habe.

Beschluss: Mehrheitliche Ablehnung durch ein Zeichen der Hand. Befürwortung durch GR Verena Steinkogler BSc, GR Lukas Hemetsberger, GV DI(FH) Walter Kastinger und Vbgm Philip Weissenbrunner.

Beschluss:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, die erläuterte Verkehrslösung zu genehmigen und eine entsprechende Ausschreibung der Tiefbauarbeiten zu veranlassen.

Beschluss: Mehrheitliche Annahme durch ein Zeichen der Hand. Gegenstimmen durch GR Verena Steinkogler BSc, GR Lukas Hemetsberger, GV DI(FH) Walter Kastinger und Vbgm Philip Weissenbrunner.

10. Budget Hilfswerk Krabbelstube

Sachverhalt:

Gemäß Punkt III der Vereinbarung zur Trägerschaft zwischen der Gemeinde Attersee und dem Hilfswerk OÖ, mit GR Beschluss vom 17.05.2016, hat das Hilfswerk der Gemeinde jährlich einen Jahresvoranschlag zur Genehmigung vorzulegen. Im Rahmen dieses genehmigten Budgets steht es dem Hilfswerk frei über die Mittel zu verfügen.

Den für 2024 geplanten Ausgaben von €263.445 für zwei Gruppen stehen Einnahmen von €127.500 gegenüber. Dies bedeutet einen voraussichtlichen Abgang von insgesamt €135.945. In den Voranschlägen wurde bisher immer eine Abgangsdeckung von 60% durch die Gemeinde Attersee eingeplant. Dies entspricht der Kostenteilung der Errichtungskosten und somit den grundsätzlich vereinbarten Betreuungsansprüchen.

Abgerechnet wird immer am Jahresende nach den tatsächlich konsumierten Betreuungsstunden der jeweiligen Kinder aus Attersee und Nußdorf.

Finanzierung:

Entsprechende Mittel werden im Voranschlag 2024 vorgesehen.

Wesentlicher Inhalt Beratungsverlauf:

Der Vorsitzende fasst den Sachverhalt kurz zusammen und ersucht um Wortmeldungen. GV Caroline Mühlberger erkundigt sich, ob die Gemeinde Nußdorf bei der Finanzierung der Sanierungs- und Umbauarbeiten beteiligt sei. Der Amtsleiter erwidert, dass das Projekt sehr umfangreich gefördert werde und die verbleibenden Eigenmittel 60/40 von Attersee und Nußdorf finanziert würden. Der Vorsitzende ergänzt, dass diesbezüglich im Vorfeld der Förderzusage auch eine Vereinbarung von beiden Gemeinderäten genehmigt worden war bzw. für die Förderstelle werden musste.

Der Vorsitzende berichtet weiter, dass heute Abend von der ÖO Landesregierung verkündet worden sei, dass der Beuch der Krabbelstuben ab September 2024 am Vormittag beitragsfrei möglich werden solle und das Land die diesbezüglichen Kosten übernehmen werde. Finanzierungsseitig könne sich demnach noch etwas am vorliegenden Budget ändern.

Es gibt keine weiteren wesentlichen Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, das vorliegende Budget des Hilfswerk OÖ für den zweigruppigen Betrieb im Jahr 2024 zu genehmigen.

Beschluss: Einstimmige Annahme durch ein Zeichen der Hand.

Anlagen:

20231019_Budget Krabbelstube 2024

2024_Budgetentwicklung mit RA Hilfswerk Betrieb Krabbelstube

11. Allfälliges

Es gibt keine Wortmeldungen.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorgebracht werden, bedankt sich der Vorsitzende für die besonders aktive Teilnahme und Mitarbeit und beendet die Sitzung um 22:16 Uhr.



.....
(Vorsitzender)



.....
(Schriftführer)

Genehmigung des vorliegenden Protokolls:

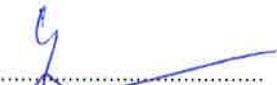
Die nicht genehmigte Fassung des Protokolls wurde den Fraktionen zugestellt am: 13.11.2023

Der Vorsitzende bekundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom 11.12.2023 keine Einwendungen erhoben wurden, über die erhobenen Einwände der beigeheftete Beschluss gefasst wurde.

Attersee am Attersee, am 11.12.2023



(Vorsitzender)



(Fraktion ÖVP)



(Fraktion GRÜNE)



(Fraktion SPÖ)



(Fraktion PRO)

